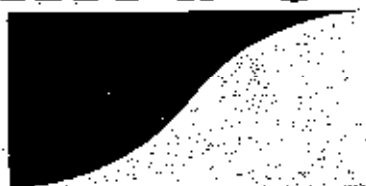


Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 33/39
Telex: 08 86 846 opbn d



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB: Das
Auswärtige Amt kann die
Richard Jaeger-Entschei-
dung noch korrigieren.
Seite 1

Karl Heinz Klejdzinski
MdB fordert, daß Mini-
ster Wörner endlich sei-
nen Hut nimmt.
Seite 3

Horst Peter MdB legt dar,
daß Minister Zimmermann
im Ausland Positionen der
Friedensbewegung bestätigt.
Seite 4

Ottmar Schreiner MdB ana-
lysiert die Lage der Tür-
kei aufgrund der Ergeb-
nisse einer Informa-
tionsreise. (Teil I)
Seite 6

39. Jahrgang / 20

27. Januar 1984

Unser Ansehen steht auf dem Spiel!

Richard Jaeger soll Delegationsleiter bei der UN-
Menschenrechtskommission werden
Von Ernst Waltemathe MdB

"Ich habe schon vor zehn Jahren dargelegt, daß nach meiner Überzeugung der Mord als das schwerste Delikt, das unsere Rechtsordnung kennt, grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden soll und grundsätzlich nicht verjähren dürfte." Diese Meinung hat Richard Jaeger am 26. März 1979 in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk geäußert. Im selben Interview bezeichnet er sich selber als "ein Anhänger der Todesstrafe". 18 Jahre früher in einem Gespräch mit dem "Spiegel" hatte er sogar sein Plädoyer für die Todesstrafe mit der Bemerkung verbunden, man werde vermutlich nicht den Galgen, sondern die Guillotine wählen.

Bundesaußenminister Genscher ist ein wahrhaft liberaler Mann: er ist so frei, für die Bundesrepublik Deutschland den Antrag auf weltweite Ächtung der Todesstrafe bei der UNO einzubringen, und er läßt es sich gleichzeitig nicht nehmen, Herrn Richard Jaeger durch das Auswärtige Amt zum Delegationsleiter nach Genf zur Menschenrechtskommission der UNO zu bestimmen, der genau diesen Antrag also vertreten soll. Das ist ungefähr so logisch, als wenn ich zum NATO-Generalsekretär ernannt würde!

Verlag:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verpflichtung des Herstellers
mit wertvolle Rohstoffe
Kreuzung-Papier



Man könnte über die ganze Angelegenheit, wenn schon nicht schweigend, so doch beredt ironisierend hinweggehen, wenn nicht gerade die Menschenrechtspolitik ein so ernstes Thema wäre. In einer Zeit, in der in vielen Ländern von Staats wegen anberaumter Terror die Praxis ist, mit Verschwindenlassen, Folter, Todesschwadronen, Psychodrogen, Einsperrung in psychiatrische Kliniken et cetera, bedarf es schon einer glaubwürdigeren Vertretung der Tugenden unserer Grundordnung, in der von Verfassung wegen die Todesstrafe abgeschafft ist, weil Menschen nicht über Leben und Tod anderer Menschen zu entscheiden haben.

Wer, wie Richard Jaeger dies 1977 getan hat, dafür eintritt, daß terroristische Verbrecher nach Verurteilung und Verbüßung der erwirkten Strafe vom Staat in Sicherheitsverwahrung genommen werden (in der Nazi-Zeit nannte man das "Schutzhaft"), hat nichts in einer Kommission zu suchen, die die Einhaltung der Menschenrechte, ja vielfach ihre Durchsetzung erreichen soll. Es dürfte sich doch wohl ohne große Schwierigkeit ein christdemokratischer oder christsozialer Politiker finden lassen, der die bundesdeutsche Delegation bei der UN-Menschenrechtskommission zu leiten geeignet ist.

Unser aller Ansehen steht auf dem Spiel. Noch ist es nicht zu spät für eine Korrektur der Entscheidung des Auswärtigen Amtes. (-/27.1.1984/ks/va)

+ + +



Wörner sollte seinen Hut nehmen

MAD-Ausschuß: Es werden Sündenböcke gesucht

Von Karl Heinz Klejdzinski MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

In den letzten Tagen kann man einen Bundesminister der Verteidigung dabei beobachten, wie er durch hektische Schwimmbewegungen versucht, dem Sog der Affäre Kießling zu entkommen. Aber wie nun jeder Schwimmer weiß, kann man sich nur aus dem Gefahrenbereich eines Strudels durch gleichmäßige, zielgerichtete Schwimmbewegungen retten.

Wörner dagegen schlägt - förmlich in Panik geraten und schon längst ohne den notwendigen kühlen Kopf - mit immer neuen und immer fadenscheinigeren Argumenten um sich. Mal war es das gewichtige Argument "ich konnte nicht anders", mal waren es die ungesicherten "Erkenntnisse" des MAD, die als rettende Begründung für die Entlassung des Vier-Sterne-Generals Kießling herhalten mußten.

Da die Argumente sich alle gemeinsam durch mangelnde Stichhaltigkeit und unsauberes Recherchieren auszeichneten, wurde das bewegte politische Wasser immer schneller zum bedrohlichen, vom Ministersessel ziehenden Strudel.

So machte der in Bedrängnis geratene Minister einen letzten krampfhaften Versuch zur eigenen Rettung und setzte eine Untersuchungskommission ein, die die Arbeit des MAD für die Zukunft durch Verbesserungsvorschläge wohl pannenfrei halten soll. Welche Aufgaben diese Kommission nun genau hat und wie sich ihre Arbeit gestalten soll, mochte, wollte oder konnte der Minister vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages nicht sagen.

Stattdessen wird deutlich, daß der Minister - statt der Würde des Amtes und dem Anspruch der Demokratie Rechnung zu tragen und für Fehlleistungen im eigenen Hause gerade zu stehen - nunmehr versucht, in billiger Manier und panischer Hast einen Schuldigen für die Affäre Kießling zu finden.

Wörner wußte, wie der MAD tätig ist und hätte dies bei seinen Entscheidungen berücksichtigen müssen. Ob Wörner in diesem Fall wußte, daß der MAD tätig geworden war, wird der Minister vor dem Untersuchungsausschuß zu erklären haben. Wörner hätte aber wissen müssen, daß der MAD einer festen Hand, straffer Führung und präziser Weisung bedarf, damit Affären erst dann zu Fällen werden, wenn das Beweismaterial stichhaltig ist. Die eingesetzte Untersuchungskommission ist die berühmte Maßnahme, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist.

So kann nur noch Rücktritt das Gebot der Stunde sein. (-/27.1.1984/ks/va)

+ . + +



Zimmermann und die Wahrheit

"Köstlichkeiten" aus einem leider wenig registrierten Interview

Von Horst Peter MdB

Die gegenwärtige Politik ist mitbestimmt von der Frage, wer in der Raketendiskussion die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gewonnen hat. Die Rechtsregierung sieht sich mit der Entscheidung der Wähler vom 6. März 1983 legitimiert, die Raketen stationieren zu lassen; dem setzt die Friedensbewegung entgegen, das Votum vom 6. März dürfe nicht als plebiszitäre Zustimmung zur Stationierung mißverstanden werden, da Wirtschafts- und Sozialpolitik die Wahlentscheidung dominiert hätten. Die Friedensbewegung sieht sich durch aktuelle Meinungsumfragen in ihrer Position bestätigt. Die Bundesregierung stellt dies in Abrede.

Wer jedoch die wirkliche regierungsamtliche Einschätzung der politischen Situation erfahren will, sollte sich nicht an die Verlautbarungen der Regierungssprecher halten, sondern muß unseren vielreisenden Ministern auf der Spur bleiben. Bundesinnenminister Zimmermann gewährte am 21. November 1983 dem amerikanischen Magazin "Newsweek" ein Interview. Auf die Frage: "Aber die Mehrheit will die Pershing und Cruise Misseles nicht?" antwortete Zimmermann: "Ich glaube, das stimmt. Aber in der Politik hat man zu führen. In den Fünfzigern wollte die Mehrheit der Deutschen die Wiederbewaffnung nicht. Das Parlament, dem ich angehörte, setzte dies durch und wahrscheinlich die Mehrheit der Deutschen stimmte zu, daß wir die richtige Entscheidung trafen."

Herr Zimmermann sollte nun in der Bundesrepublik von deutschen Politikern, Journalisten und Bürgern gefragt werden, wie er es denn wirklich sieht. Auch die Deutschen haben Anspruch auf Äußerungen Zimmermanns, die der Wahrheit entsprechen, oder traut er sich nicht mehr, in Deutschland die Wahrheit zu sagen, nachdem gerichtsnotorisch ist, daß er damit Probleme hat.

Wenn dies nicht eine dieser bekannten schwächeren Minuten des Ministers war, kann festgestellt werden:

- Die Regierung hat in der Raketenfrage keine Mehrheit, in dieser Frage ist ihr die Bevölkerung "weggebrochen", wie die Friedensbewegung nach der Aktionswoche im Herbst festgestellt hat. Und die Regierung weiß dies.

Wie behandelt die Regierung aber diese Situation?

- Die Regierenden halten sich für klüger als der Normalbürger;
- sie sind bereit, gegen den erkannten Mehrheitswillen der Bürgerschaft politische Entscheidungen durchzudrücken;
- sie hoffen, daß eine einmal durchgesetzte Entscheidung im Laufe der Jahre Zustimmung findet und sich die Protestbewegung verläuft.

Politiker, die hoffen, daß sich die Bürgerinnen und Bürger mit den einmal geschaffenen Realitäten abfinden werden, hantieren bewußt mit einem Prozeß, der diese in



In Resignation treiben soll, passiv werden lassen soll, der das Vertrauen der Bürger in die prinzipielle Bedeutung demokratischen Engagements in unserem politischen System untergräbt. Der Bürger hat Entscheidungen der Regierenden hinzunehmen, basta. Dieses Verhaltensmodell für den Bürger bereitet den Boden für autoritäre Stimmungen und politische Mechanismen, denn der Bürger, der die Aussichtslosigkeit seines Engagements erkennt, wird entmutigt, sich weiterhin zu engagieren. Diese Politik zielt auf die Destruierung des politischen Selbstbewußtseins der Bevölkerung.

Diese Regierung will zurück zu Adenauer. Nach dem amerikanischen Verfassungslehrer Karl Loewenstein handelte es sich beim Staatsapparat der Bundesrepublik in dieser Ära um ein "Regime", das "in seiner Substanz" "demoautoritär" gewesen war, das auf Kosten der Mitwirkung der Bevölkerung am Willens- und Entscheidungsbildungsprozeß ein durch Wahlen legitimierte Regierungs- und Parlamentssystem aufwies, das freilich - ist die Regierung einmal gebildet - dieser eine dominierende Rolle "zuschreibt". Nach der Regierungsbildung übte die Regierung "politische Führung autoritär und ohne jede Begrenzung durch das Parlament oder die Wählerschaft" aus. Dahin geht die Reise. Darum schweiften unsere Regierenden so gerne in die Ferne, Herr Spranger nach Grenada, Herr Strauß nach Südafrika.

Dieses Interview birgt indessen noch eine weitere Köstlichkeit, die Aufschluß über die Denkstrukturen unserer Regierenden geben kann. Zimmermann: "Die Bewegung ist auf das stärkste von Moskau beeinflusst. Es ist gut, daß die Antiraketen-Demonstrationen soweit friedlich waren. Aber es ist auch ein Erfolg für die Russen. Deutsche Kommunisten, die loyal gegenüber Moskau sind, sind immer eingetreten für gewaltfreie Aktionen, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen und als Unterstützung für die Friedensbewegung...."

Wir kennen die verzweifelten Bemühungen von Herrn Spranger, mit Hilfe von Schaubildern die kommunistische Steuerung der Friedensbewegung durch die Moskowiter Drahtzieher nachzuweisen. Damit hat er zwar nicht die Steuerung beweisen können, aber immerhin, daß er der rechte Mann am Platze ist. Nun wissen wir zumindestens, was das "C" bei der CSU bedeutet; es ist der Glaube an mittelalterliche Hexenprozesse und die peinliche Befragungen der Inquisition. Unter der Folter konnte der Delinquent sich verhalten wie er wollte oder noch konnte, er war auf jeden Fall überführt. Herrn Zimmermann kennt als Bayer bestimmt die ur-bayrische Legende der Agnes Bernauer. Wäre sie trotz Fesselung aus dem in den Fluß geworfenen Sack entkommen, wäre dies nicht der Beweis für ihre teuflische Beziehung gewesen? Für Herrn Zimmermann ist von vornherein klar, die Friedensbewegung kann sich verhalten wie sie will, ihre Aktionen können friedlich verlaufen oder nicht, sie ist kommunistisch gesteuert. Solche Minister hat unsere Regierung! (-/27.1.1984/ks/va)

+ + +



Was wird aus der Türkei?

Ergebnisse und Bewertung einer Informationsreise (I)

Von Ottmar Schreiner MdB

Nach der Institutionalisierung des (Schein-) Parlaments wird im überschaubaren Zeitraum der nächsten Jahre die dominierende politische Machtposition der Militärs vermutlich andauern, wenn auch in Teilbereichen in widersprüchlicher Form. Der Ausnahmezustand mit Fortwirkung des Kriegsrechts endet zwar in vier Monaten, nach Auffassung zahlreicher Gesprächspartner könnte die Militärführung auf Grund der schwachen Position des "Parlaments" (nur drei von 15 Bewerberparteien wurden zur Wahl zugelassen) bei "Bedarf" eine Verlängerung beziehungsweise die erneute Ausrufung des Ausnahmezustands durchsetzen. Die mit starken Befugnissen ausgestatteten Verfassungsorgane "Staatspräsident" und "Rat des Staatspräsidenten" (= ehemaliger nationaler Sicherheitsrat) werden ausschließlich von Generalen wahrgenommen. Der Staatspräsident kann zum Beispiel jederzeit ohne rechtliche Nachprüfung das Parlament auflösen. Auch im neuen ebenfalls in der Verfassung verankerten "nationalen Sicherheitsrat" haben sich die Militärs einen starken Einfluß gesichert. Der entscheidende verfassungsrechtliche Hebel zur Kontrolle der zukünftigen Entwicklung ist der Umstand, daß die gegenwärtige sozio-ökonomische Realität selbst in den Rang eines Verfassungsguts gehoben wurde. Sozialistische Meinungsäußerungen und Aktivitäten überschreiten bereits bei entsprechender Interpretation der Verfassungsbestimmungen die Grenze zur Strafbarkeit. Diese Einschätzung wurde bei einem Gespräch mit dem Chefankläger der Militärstaatsanwaltschaft (DISK-Prozeß) nachdrücklich bestätigt: Verfassung und die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzes sähen die türkische Gesellschaft als ein einheitliches Volksganzes. Differenzierungen etwa in die Faktoren Kapital und Arbeit liefen auf eine unerlaubte Spaltung der Gesellschaft hinaus, natürlich gäbe es gesellschaftliche Klassen, es sei aber rechtlich absolut unzulässig, an der Entwicklung von entsprechendem Bewußtsein zu arbeiten, da die Quelle solchen Denkens der Marxismus sei.

Aus dieser groben Lageskizze folgt, daß der Bewegungsspielraum der türkischen Parteien nach westeuropäischen Maßstäben recht gering ist. Als Fortschritt gegenüber der Situation vor den "Parlamentswahlen" ist zu werten, daß die negativen Kontrollmöglichkeiten (Vetorecht) der Militärs bezüglich der Kandidaten für herausgehobene Parteifunktionen sowie für öffentliche Ämter nunmehr entfallen. Allerdings ist auch dieser Fortschritt noch relativ, da die fünf- bis zehnjährigen Funktionsverbote für frühere Spitzenpolitiker (Parteiorgane und Abgeordnete) natürlich weitergelten. Positiv festzuhalten ist auch, daß Parteien, zum Beispiel SODEP, die zu den "Parlamentswahlen" nicht zugelassen wurden, bei den 1984 anstehenden Kommunalwahlen sehr wahrscheinlich kandidieren können. Insofern werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen, sofern das Verfahren einigermaßen frei ist, ein repräsentativeres Bild über die Verankerung der politischen Parteien erlauben. Einige Gesprächspartner äußerten, daß der Einfluß der drei Parlamentsparteien in den nächsten Jahren erheblich zurückginge, da die Militärs "Rücksicht auf das Volk" nehmen müßten.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer hat sich seit der Intervention der Militärs erheblich verschlechtert. Die Arbeitslosenquote beträgt circa 25 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Da das türkische Militär als Eigentümer des Industriekomplexes OYAK auch unternehmerische Interessen verfolgt, ist es insofern natürlicher



Gegner von gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Die freie Aushandlung von Tarifverträgen ist ersetzt worden durch verbindliche Entscheidungen einer neunköpfigen "Obersten Schiedskommission", der zwei Arbeitnehmervertreter angehören. Denkbar ist, daß die gewerkschaftlichen Rechte auf Abschluß von Tarifverträgen 1984 wieder hergestellt werden. Das neue Gewerkschaftsgesetz macht allerdings zur Voraussetzung der Tariffähigkeit, daß die jeweilige Gewerkschaft mindestens zehn Prozent der Arbeitnehmerschaft eines gesamten Industriezweigs organisiert. Da zahlreiche Arbeitnehmer nur auf Fabrikebene organisiert sind und zudem die Feststellung der Zahl der Arbeitnehmer in der jeweiligen Branche dem Arbeitsminister obliegt, läuft diese Bestimmung faktisch auf eine weitgehende Aushöhlung kollektiver Tarifverträge hinaus. Unter Kriegsrechtsbedingungen kann das Militär zudem Streiks, Bummelstreiks und gewerkschaftliche Boykottmaßnahmen verbieten. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel werden allerdings auch nach einer eventuellen Aufhebung des Ausnahmezustands in hohem Maße eingeschränkt bleiben: ein umfangreicher Negativ-Katalog stellt sicher, daß in zahlreichen Branchen überhaupt nicht gestreikt werden darf; überdies hat die Regierung die Möglichkeit, unter Berufung auf das "allgemeine Wohlbefinden" und die "nationale Sicherheit" durch Zwangsschlichtungen und Aussetzung von Streiks das Streikrecht zu einer reinen Farce zu machen. Seit der militärischen Intervention hat sich auf Grund der skizzierten Maßnahmen das Reallohniveau drastisch vermindert. Der türkische Mindestlohn liegt bei circa 16.000 Lira (Umrechnungsverhältnis in DM 1 : 100), die Durchschnittslöhne der Arbeitnehmerschaft bei circa 23.000 Lira. Zum Vergleich liegen die Lebenshaltungskosten im groben Schnitt etwas höher als die Hälfte des deutschen Preisniveaus. Einige Gesprächspartner sagten für die nächsten Jahre noch größere wirtschaftliche und soziale Probleme voraus. Die "Systemverteidiger" kämen angesichts der dramatischen Einkommensentwicklung in eine "ganz schwache Position".

Von besonderer Bedeutung für die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten der türkischen Arbeiterbewegung sind die Verfassungsartikel 51 und 52, in denen die gewerkschaftliche Interessenvertretung strikt auf die Wahrnehmung "wirtschaftlicher und sozialer Rechte" beschränkt und das Befassen mit "politischen Angelegenheiten" strikt untersagt wird. Diese Bestimmung öffnet im Zweifelsfall immer die Tür zu repressiven Manipulationen und verhindert zudem als vermutlich strategisches Ziel eine etwaige Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen und politischen Abteilungen der Arbeiterbewegung. Schon aus diesem Grund ist eine tatsächliche sozialdemokratische Parteilarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich.

Einige Gesprächspartner wiesen darauf hin, daß die US-Regierung ein starkes Interesse an der Stabilisierung der politischen Macht der Militärs habe. Die NATO-Mitgliedschaft würde von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht abgelehnt. Das Interesse der USA bestünde hingegen darin, über den NATO-Rahmen hinaus die Türkei als militärische Basis für Einsätze im Nahen Osten zu mißbrauchen. Diese von den Militärs akzeptierte Politik würde unter den Bedingungen echter Demokratie im Volk keine Zustimmung finden.

Eine erhebliche Rolle bei der Beurteilung türkischer Verhältnisse spielt der außergewöhnlich stark ausgeprägte Nationalstolz. "Freundschaftlicher Druck" in Fragen von Sozial- und Wirtschaftshilfen zeige Wirkung; mit starker öffentlicher Begleitmusik angekündigte "Bedingungen" verkehrten sich in die gegenteilige Wirkung, da es der jeweiligen Führung leicht gelänge, das türkische Nationalgefühl für sich zu mobilisieren.
(-/27.1.1984/ks/va)

+ + +

(Fortsetzung folgt)

